

## Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

ist unsere Demokratie durch die sogenannte Reichsbürgerbewegung in Gefahr? Die Ermordung des jungen SEK-Beamten letzte Woche im mittelfränkischen Georgensgmünd durch einen „Reichsbürger“ macht deutlich, dass diese Bewegung in ihrer Gewaltbereitschaft keinesfalls unterschätzt werden darf. Der Freistaat muss die Gefahr durch „Reichsbürger“ ernst nehmen und entsprechende Maßnahmen gegen diese Bewegung ergreifen. Unerlässlich dafür ist eine umfassende Informationsgrundlage, wie sich die Aktivitäten der „Reichsbürgerbewegung“ in den vergangenen Jahren in Bayern entwickelt haben.



**Thorsten Glauber, MdL**  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender

Wir fordern deshalb in einem Dringlichkeitsantrag einen Bericht, in dem wir wissen wollen, wie viele Personen den „Reichsbürgern“ und ihren einzelnen Splittergruppierungen in Bayern angehören. Wie werden Behörden, Gerichte und Verwaltungen im Umgang mit „Reichsbürgern“ unterstützt? Wie ist der derzeitige Stand der Ermittlungen hinsichtlich der vier bayerischen Polizeibeamten, die ebenfalls der sogenannten Reichsbürgerbewegung angehören?

## Rückblick

Auf der Tagesordnung des Plenums stand diese Woche die erste Lesung unseres **Gesetzentwurfs zur Integration**. Für uns FREIE WÄHLER sind die Kommunen der Schlüssel zur Integration. Landkreise, Städte und Gemeinden spielen eine wichtige Rolle, wenn Zuwanderer in Bayern optimal integriert werden sollen. Unser Gesetzentwurf trägt diesem Umstand Rechnung. Die finanzielle Unterstützung für die Kommunen findet darin besondere Berücksichtigung. Außerdem wollen wir bestehende Strukturen stärken. So soll die Position des Integrationsbeauftragten gefestigt werden, indem dieser vom Landtag gewählt wird. Zudem muss nach unseren Vorstellungen der

Integrationsrat aufgewertet werden, indem er dazu verpflichtet wird, entsprechende Verbände mit einzubinden.

Eine Mehrheit der Bayern lehnt das geplante **Freihandelsabkommen Ceta** aus gutem Grund ab. Aber die bayerische Bevölkerung findet leider kein Gehör bei der Staatsregierung. Die will Ceta unbedingt durchdrücken. Gemeinsam mit der Fraktion der Grünen haben wir diese Woche einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Staatsregierung an ein Nein-Votum im Bundesrat binden soll. Mit Ceta gibt der Freistaat Souveränitätsrechte auf. Das wollen wir verhindern und Ceta stoppen.

Ministerpräsident Seehofer hat die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich als Erfolg verkauft. Doch für diese finanziellen Erleichterungen zahlt Bayern einen hohen Preis. Denn der Freistaat gibt seine Kompetenzen für den Bau der **Bundstraßen und Autobahnen** an den Bund ab. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion halten wir das für eine fatale Fehlentscheidung. Bayern verliert damit nicht nur die Zuständigkeit für den Autobahnbau, sondern auch viele hundert Millionen Euro jährlich. Der Freistaat war Profiteur des bisherigen Systems. Denn er konnte stets mehr Mittel verbauen, die eigentlich für andere Bundesländer vorgesehen waren, deren Projekte jedoch noch nicht baureif waren. Allein in diesem Jahr belief sich die Summe auf 600 Millionen Euro. Auf diese Weise wurden überdurchschnittlich viele Projekte geplant und Baugenehmigungen durchgeführt. Horst Seehofer hat dieses bewährte System nun bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich geopfert – das ist eine Bankrotterklärung. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die Staatsregierung daher auf, die bewährte Zuständigkeit für Autobahnen in Bayern zu belassen und eine privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft zu verhindern. Noch im letzten Jahr hatte die CSU selbst in einem Antrag gefordert, dass die Zuständigkeit in Bayern verbleiben müsse. Dieser Beschluss ist nun Makulatur.

Jahrelang haben wir FREIE WÄHLER für die gesetzliche Verankerung der **Helfergleichstellung** gekämpft. Endlich nahm die Bayerische Staatsregierung dieses Engagement zum Anlass, um im Juni einen Gesetzentwurf zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes auf den Weg zu bringen. Nun müssen wir leider feststellen, dass der Entwurf zahlreiche Defizite enthält. Insbesondere werden die Ausbildungszeiten der Helfer nicht erfasst. Auch werden Ansprüche auf Freistellung und Entgeltfortzahlung nur bei Vorliegen konkreter Gefahrenlagen gewährt. Somit kann bei dem Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht von einer echten Gleichstellung der Rettungshelfer mit

den Feuerwehren gesprochen werden. Es ist für uns FREIE WÄHLER nicht hinnehmbar, dass der Staat Helfer erster und zweiter Klasse definiert. Jeder Rettungshelfer ist gleich wichtig und soll auch gleich behandelt werden. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb, den Entwurf nachzubessern und in der Novelle des Katastrophenschutzgesetzes eine vollständige Gleichstellung aller Rettungshelfer zu verankern.

---

## **Impressum**

Thorsten Glauber, MdL  
Klosterstraße 10  
91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735  
Fax 09191/6219736  
[thorsten.glauber@fw-landtag.de](mailto:thorsten.glauber@fw-landtag.de)  
[www.thorsten-glauber.de](http://www.thorsten-glauber.de)